

**Kriegsopfer als Humankapital** 02.09.2015

**BERLIN** (Eigener Bericht) - Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) will die Berliner Flüchtlingsabwehr um ein Programm zur Nutzung von Flüchtlingen aus Südosteuropa als Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft erweitern und verlangt eine "Agenda 2020" für die Migrationspolitik. Wie Schröder in einem aktuellen Zeitungsbeitrag schreibt, könnten deutschen Unternehmen schon in 15 Jahren "6 Millionen erwerbsfähige Menschen fehlen". Ein Teil davon lasse sich womöglich in Südosteuropa gewinnen, von wo Zehntausende in diesen Tagen in die EU flöhen, da "ein berufliches Weiterkommen und ein Leben in Würde" in ihren Heimatländern kaum möglich sei. Sie sollten mit einem Ausbildungsprojekt "so qualifiziert" werden, "dass sie für den deutschen Arbeitsmarkt auch wirklich geeignet sind"; dann dürften sie nach Deutschland kommen. Die Heranziehung von Flüchtlingen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Bundesrepublik wird bereits seit Monaten nicht zuletzt vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert. Hintergrund ist auch, dass insbesondere höherqualifizierte Arbeitsmigranten aus aller Welt nach wie vor die Arbeitssuche in Großbritannien oder auch in den USA vorziehen, weil die mangelnde gesellschaftliche Offenheit in Deutschland sie abschreckt. Die Bundesregierung ist prinzipiell offen für die Forderungen des BDI.

**Der Bedarf der Wirtschaftsnation**

Ausgangspunkt der Überlegungen, Flüchtlinge auf die eine oder andere Weise zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Bundesrepublik heranzuziehen, ist die seit Jahren geäußerte Klage aus der deutschen Wirtschaft, es mangle schon jetzt und in Zukunft voraussichtlich noch mehr an "Fachkräften". "Rund die Hälfte der Betriebe kann Ausbildungsstellen nicht besetzen", schreibt Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in einem aktuellen Zeitungsbeitrag [1]: "Nach neusten Schätzungen des Zentralverbands des Deutschen Handwerks fehlen 27.000 Lehrlinge." Schon in 15 Jahren "könnten uns 6 Millionen erwerbsfähige Menschen fehlen, im Jahr 2050 dann 12 Millionen", fährt Schröder fort: "Das hat erhebliche Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumschancen". Letztlich bedrohe es "Deutschlands Rolle als erfolgreiche Wirtschaftsnation". Davon abgesehen benötige die Bundesrepublik auch dringend "mehr Beitragszahler" für ihr Rentensystem; dieses sei wegen der steigenden Lebenserwartung der Deutschen sonst nicht mehr finanzierbar.

**Maßstab Arbeitsmarkt**

Schröder fragt nun wörtlich: "Warum rekrutieren wir diesen Bedarf nicht auch in den Ländern des westlichen Balkan?" [2] Aktuell flöhen die Menschen von dort, weil ihre Heimatstaaten "ihren Bürgerinnen und Bürgern, vor allem der jungen Generation, kaum Perspektiven für ein berufliches Weiterkommen und ein Leben in Würde bieten"; sie würden sich also auch in Zukunft um Chancen zur Migration nach Deutschland bemühen. Den Beitrag zur Schaffung der desaströsen Lage in Südosteuropa, den seine Regierung unter anderem mit dem Überfall auf Jugoslawien 1999 leistete (german-foreign-policy.com berichtete [3]), erwähnt Schröder nicht. Dafür schlägt er parallel zur Schließung der "Tür zum Asylverfahren" für Flüchtlinge aus Südosteuropa eine "gemeinsame[...] Aktion von Bundesregierung und deutschem Handwerk" vor: Es sollten "Berufsbildungszentren in diesen Staaten" geschaffen werden, um "junge Menschen" insbesondere "auf eine Ausbildung in Deutschland sprachlich, kulturell und beruflich vorzubereiten". Man benötige nun "ein Programm, das in den Herkunftsländern die Menschen so qualifiziert, dass sie für den deutschen Arbeitsmarkt auch wirklich geeignet sind". Eine "moderne Zuwanderungspolitik" dieser Art sei "im Kern die Herausforderung für eine neue Agenda 2020".

**Kostengünstige Fachkräfte**

Schröders Plan, Flüchtlinge und Krisen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs der deutschen Wirtschaft zu nutzen, ist nicht neu. Bereits die Eurokrise wurde in Berlin systematisch genutzt, um Personal aus den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas abzuwerben. So migrierten in den Jahren 2010 bis 2014 mehr als

97.000 Griechen, mehr als 76.000 Spanier und über 136.000 Italiener nach Deutschland. Unter den Emigranten aus den genannten drei Ländern wiesen im Jahr 2011 mehr als die Hälfte eine hohe sowie ein weiteres gutes Viertel eine mittlere Arbeitsmarktqualifikation auf - und entsprachen damit exakt dem deutschen Bedarf. Migranten aus Griechenland seien "oft jung, hochqualifiziert und mehrsprachig", hielt bereits 2011 eine Analyse der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) fest; "ihre Flucht" sei zwar für Griechenland "ein großer Verlust", für Deutschland aber "ein großer Gewinn": "Deutschland ... profitiert vom neugewonnenen dynamischen Humankapital, das schnell und ohne große Investitionskosten in die nationale Industrie und Wirtschaft einbezogen wird." [4] Entsprechend wurde die Abwerbung qualifizierten Personals aus Griechenland von der Bundesregierung mit eigens initiierten Projekten gezielt gefördert (german-foreign-policy.com berichtete [5]). Der Krisendruck erweist sich aus Berliner Perspektive auch deswegen als vorteilhaft, weil vor allem hochqualifizierte Arbeitskräfte bis heute die Migration in Länder wie Großbritannien, die USA oder Australien vorziehen. Ursache dafür sei beileibe nicht nur die Sprache, erläuterte im vergangenen Jahr der damalige Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar: Vielmehr mangle es der Bundesrepublik, die nach wie vor im Ausland abgelegte Abschlüsse oft nicht anerkenne und deren Ausländerbehörden gegenüber Migranten regelmäßig "mauerten", immer noch an der notwendigen gesellschaftlichen Offenheit. [6]

### "Wir helfen uns"

Das Plädoyer, nicht nur Krisenopfer, sondern auch Kriegsflüchtlinge zur Deckung des deutschen Arbeitskräftebedarfs heranzuziehen, wird bereits seit geraumer Zeit auch vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vorgetragen. Man müsse die Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kämen, "schnell ans Arbeitsleben heranzuführen", forderte BDI-Präsident Ulrich Grillo bereits zu Jahresbeginn: "Wir müssen sie ausbilden. Wir müssen sie sprachlich weiterbringen." [7] Grillo hat dies seither immer wieder bekräftigt. Zehntausende Arbeitsplätze seien zur Zeit nicht besetzt, äußerte er etwa Ende vergangener Woche. Zahlreiche Flüchtlinge hätten "eine wirklich gute Ausbildung": "Wenn wir es schaffen, die möglichst zügig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dann helfen wir den Flüchtlingen, und wir helfen uns." [8] Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärt nun, er wolle "einen Teil der Steuermehreinnahmen des Bundes für die Aufstockung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen" für Flüchtlinge nutzen. Es gehe dabei um "Hilfe beim Einstieg in den Arbeitsmarkt". [9]

### Zuwanderungskorridore

Die Forderung nach neuen "Zuwanderungskorridoren in den Arbeitsmarkt hinein" (Anjes Tjarks, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in Hamburg) [10] wird auch von Teilen der deutschen Parlamentsopposition vertreten. Dies zeigen Reaktionen auf den Vorschlag aus der Bundesagentur für Arbeit (BA), hochqualifizierten Flüchtlingen den Erwerb der "Blue Card" zu ermöglichen, die zu Arbeit und Aufenthalt in Deutschland berechtigt. "Unter den Flüchtlingen finden sich Hochqualifizierte, Ärzte und Ingenieure, die auch über eine Blue Card nach Deutschland als Arbeitskräfte einwandern könnten", ließ sich Mitte Juli BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker zitieren. [11] Der Vorschlag findet Unterstützung in der CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen. [12] Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits Ende 2014 darauf hingewiesen, "viele der Flüchtlinge gerade aus Syrien" seien "hoch qualifiziert in Berufen, für die wir sehr gute Verwendung haben". [13] Weit davon entfernt, humanitäre Motive zum tatsächlichen Maßstab des Handelns zu machen, gelingt es Berlin in zunehmendem Maß, selbst noch ausgewählte Opfer der globalen Kriege, die es selbst befeuert oder sogar mit geführt hat [14], in eine Quelle des wachsenden deutschen Wohlstands zu transformieren.

Mehr zum Thema: [Die Flüchtlings-Todesregion Nr. 1](#) , [Krieg gegen Flüchtlinge](#) , [Krieg gegen Flüchtlinge \(II\)](#) , [Zu Gast bei Freunden](#) , [Auf die Flucht getrieben \(I\)](#) , [Gezielt ausgehungert](#) , [Zu Gast bei Freunden \(II\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(II\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(III\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(IV\)](#) und [Der "Hotspot Approach" zur Flüchtlingsabwehr](#) .

[1], [2] Gerhard Schröder: Wir brauchen Einwanderung in unser Sozialsystem. www.welt.de 30.08.2015.

[3] S. dazu [Auf die Flucht getrieben \(IV\)](#) .

[4] Elektra Paschali: Über das Dossier. In: Krise und Migration. Die neue griechische Migration nach Deutschland. Heinrich-Böll-Stiftung, Juli 2012.

[5] S. dazu [Unter Geiern](#) .

[6] Frank Stocker: Kluge Köpfe machen um Deutschland einen Bogen. www.welt.de 03.09.2014.

[7] "Wir brauchen Zuwanderung". www.deutschlandfunk.de 11.01.2015.

[8] BDI-Präsident Grillo: Flüchtlinge möglichst schnell in Arbeitsmarkt integrieren. [www.focus.de](http://www.focus.de) 29.08.2015.

[9] Gabriel will Arbeitsmarktprogramme für Flüchtlinge. [www.zeit.de](http://www.zeit.de) 30.08.2015.

[10] Jörn Lauterbach: Grünen-Politiker will einen "entspannten Patriotismus". [www.welt.de](http://www.welt.de) 01.09.2015.

[11] Blue Card: Qualifizierte Flüchtlinge sollen arbeiten dürfen. [www.rp-online.de](http://www.rp-online.de) 18.07.2015.

[12] Flüchtlinge: Parteien streiten über Blue Card für hochqualifizierte Flüchtlinge. [www.zeit.de](http://www.zeit.de) 04.08.2015.

[13] Antje Sirleschtov, Robert Birnbaum: Innenminister de Maizière: Schlechte Behandlung ist keine politische Verfolgung. [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) 23.11.2014.

[14] S. dazu [Auf die Flucht getrieben \(I\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(II\)](#) und [Auf die Flucht getrieben \(III\)](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)